

100 Jahre Standesvertretung: Vom VMZ zum MVZ

Am 2. Dezember 1916 versammelten sich im Restaurant „Du Pont“ rund 50 Lehrer des Gymnasiums, der Industrieschule (heute Mathematisch-Naturwissenschaftliches Gymnasium), der Handelsschule, des Seminars Küsnacht und des Technikums Winterthur zur Gründung des „Verbandes der Lehrer an den staatlichen Mittelschulen des Kantons Zürich“ (VMZ). Mehr als 100 Interessenten hatten bereits ihre Mitgliedschaft angemeldet. Eine Interessenvertretung der Kantonsschullehrer drängte sich mitten im 1. Weltkrieg geradezu auf.

Seit Kriegsbeginn waren die Lebenskosten massiv gestiegen. Von 1914 bis 1920 erreichte die Teuerung die noch kaum je da gewesene Höhe von 140%. Überdies war den Aktivdienst leistenden Lehrern die Besoldung überdies worden. Eine Erhöhung der seit 1914 gleich gebliebenen Löhne erhielten die Mittelschullehrer erst 1918 und 1924 wurden die Löhne im Zeichen der prekären Staatsfinanzen wieder moderat gekürzt.

Das Programm des Verbandes – ab 1919 gehörten ihm auch die Winterthurer Kantonsschullehrer an – war von Anfang an gewerkschaftlich. Die Bezeichnung „Gewerkschaft“ hätten die Mitglieder allerdings weit von sich gewiesen. Sie galt als „sozialistisch“ und gehörte zur Arbeiterklasse und passte zwei Jahre vor dem Landesstreik keineswegs zu den Kantonsschulprofessoren, deren Selbstverständnis das eines Standes mit standespolitischer Interessenvertretung war.

Der mittelständische Charakter der Kantonsschullehrerschaft, die sich von der Arbeiterschaft abheben wollte, zeigte sich 1920 beim Vorschlag des Verbandes für die Wahl eines Vertreters im Erziehungsrat. Der schulpolitisch kompetenteste und seit der Gründung im Vorstand aktive Professor am Technikum Winterthur, Adolf Gasser, war Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Trotz einiger Opposition aus der Lehrerschaft wurde er vorgeschlagen, aber ausdrücklich darauf verpflichtet, bei einer Wahl dem Verband und nicht der Partei verantwortlich zu sein. Gasser war in der Folge bis 1935 ein überaus einflussreiches Mitglied des Erziehungsrates, von 1926-1943 Bankrat der Zürcher Kantonalbank und wurde 1928 sogar zürcherischer Nationalrat.

Eine Aufgabe des Verbandes ist auch, sich für seine Mitglieder bei Konflikten mit den Rektoren oder den Erziehungsbehörden einzusetzen, vor allem bei drohender Nichtwiederwahl. Der Vorstand hat jedoch schon früh darauf hingewiesen, dass er nicht aus Solidarität Unterstützung gewähren könne, die inhaltlich nicht zu verantworten sei. Heikel wurden für den Verband die 1930er und 1940er Jahre. Schon früh galt der Lehrer an der Handelsschule, Paul Lang, als geistiger Kopf der „Nationalen Front“. Nicht wenige Zürcher Mittelschullehrer waren nach 1933 Anhänger des Nationalsozialismus und fasziniert von Hitlers „neuem Europa“. Bedenklich war, dass sie gegenüber den Schülern ihre Überzeugung nicht verhehlten, sondern diesen zum Teil sogar faschistisches Propagandamaterial zugänglich machten. Bezeichnend für die Haltung der Schweiz ist, dass sich öffentlicher Widerstand dagegen erst zeigte, als das Ende

von Nazideutschland und die Kriegsniederlage bereits absehbar waren. Im März 1943 reichte der Volksrechts-Redaktor Friedrich Heeb im Kantonsrat eine Motion „Nazi-Elemente an den Mittelschulen“ ein und nannte konkret Namen von Lehrern am Gymnasium, an der Oberrealschule und am Seminar Küsnacht. Die Untersuchungen des Erziehungsrates führten nach dem Krieg (!) zu einigen Entlassungen. Zahlreicher waren disziplinarische Massnahmen wie Versetzungen ins Provisorium.

Die zweite Hälfte der 100 Jahre Verbandstätigkeit begann in einer bildungspolitisch äusserst günstigen Zeit. Die 68er Bewegung brachte Postulate wie Gleichheit der Bildungschancen, Erhöhung der Maturandenquote, mehr Frauen an den Gymnasien, Dezentralisierung der Mittelschulen. Im Kanton Zürich entstanden im Jahrestakt neue Mittelschulen: 1970 die Kantonale Maturitätsschule für Erwachsene, 1971 die Kantonsschule Oerlikon, 1972 die Kantonsschule Zürcher Unterland in Bülach, 1973 die Kantonsschule Limmattal in Urdorf. Vorangegangen war 1965 die Stadt Zürich mit der Abteilung V der Töchterschule (heute Kantonsschule Wiedikon). Für die neuen Schulen mussten zahlreiche Lehrerstellen geschaffen werden und um auf dem Stellenmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, stand der Kanton Zürich schweizweit an der Spitze der Gehälter für Mittelschullehrpersonen. Zentrum der Verbandsarbeit waren daher nicht gewerkschaftliche, sondern bildungspolitische Themen: Einführung neuer Maturitätstypen, insbesondere des Musischen Gymnasiums, der Bericht „Mittelschule von morgen“, Lang- oder Kurzzeitgymnasium, Mittelschullehrerausbildung – Lizentiat oder Doktorat –, Fortbildung etc.

In diesem Zusammenhang erwies es sich als Mangel, dass es zwei Mittelschullehrerorganisationen gab. Entsprechend den beiden Arbeitgebern – bei den Kantonsschulen die Erziehungsdirektion und der Regierungsrat, bei den städtischen Töchterschulen der Schulvorstand und der Stadtrat – gab es neben dem VMZ den Verband der Lehrer an der Töchterschule der Stadt Zürich (VTZ). In der Vergangenheit hatte man sich erstmals 1920 damit beholfen, für gemeinsame Geschäfte wie Vorschläge für die Mittelschulvertretung im Erziehungsrat oder im Vorstand der Schulsynode jeweils unter Federführung des VMZ ad hoc gemeinsame Sitzungen einzuberufen. Bei Besoldungsdifferenzen zwischen den beiden Arbeitgebern war es überdies für die zurückgebliebene Lehrerkategorie nahe liegend, sich zwecks Aufholung des Rückstandes auf die besser gestellten Kollegen zu berufen.

Für eine gemeinsame Haltung in den schulpolitischen Fragen wurde jedoch 1970 eine Organisation aller Mittelschullehrpersonen gefordert. Auf Initiative des VMZ wurden an den neun damals bestehenden Kantonsschulen, am Seminar Küsnacht, an den fünf städtischen Töchterschulen und am Freien Gymnasium Delegierte gewählt. Sie erarbeiteten zusammen mit den Mittelschulvertretern im Erziehungsrat und im Synodalvorstand sowie den Präsidenten von VMZ und VTZ Statuten und beauftragten den Verfasser dieses Beitrages mit der Aufgabe des Gründungspräsidenten der neuen Organisation. Sie wurde am 26. November 1970 als *Mittelschullehrerkonferenz des Kantons Zürich (MKZ)* gegründet.

Nach der Kantonalisierung der Töchterschulen der Stadt Zürich im März 1975 löste sich der VTZ auf und die meisten Mitglieder schlossen sich dem VMZ an. Da die bildungspolitische MKZ und der gewerkschaftliche VMZ nun weitgehend die gleichen Mitglieder hatten, schlossen sie sich 1987 zum heutigen Mittelschullehrpersonenverband MVZ, der ersten umfassenden Interessenvertretung der Mittelschullehrpersonen zusammen.

Bei der Rückschau auf die letzten 100 Jahre fallen zwei Dinge auf: Von den Forderungen im Aktionsprogramm von 1917 sind dank der Verbandsarbeit einige heute in Gesetzen und Verordnungen garantiert, so die Teilnahme eines Vertreters an den Sitzungen der Schulkommission, das Vorschlagsrecht für die Wahl der Rektorin oder des Rektors, der Anspruch auf bezahlte Weiterbildungsurlaube. Auf der anderen Seite haben sich Besoldung und Pflichtstundenzahl während eines Jahrhunderts auf der Traktandenliste gehalten und dürften auch in Zukunft Evergreens oder eben Dauerbrenner bleiben.

Autor: Franz Germann

Auszug aus Qi 4/16 (Mitteilungsblatt des MVZ)